

## Überlegtes Handeln in Krisenzeiten



konjunkturellen Einbruch abfedern, indem sie ohnehin geplante Investitionen rascher umsetzen.

Einer der Auslöser der Finanzkrise war wohl ein Zuviel an Vertrauen. Jetzt, da das Pendel in die andere Richtung ausschlägt, sollte gerade die öffentliche Hand ein Augenmerk darauf halten, dass es nicht zu Panikmache und zu einer Vertrauenskrise kommt. Vor diesem Hintergrund ist für mich die Besonnenheit der Schweizer Städte, wie sie diese Umfrage zum Ausdruck bringt, ein wichtiges Signal. Der Situation soll mit dem gebotenen Ernst begegnet werden, aber ohne Überreaktion. So wird auch der Bundesrat verfahren.

Der Schweizerische Städteverband hat unter seinen Mitgliedern eine Umfrage zur Finanzkrise gemacht. Das ist sehr zu begrüßen. Die Finanzkrise betrifft uns alle. Jeder ist in der einen oder anderen Form, der eine mehr, der andere weniger von ihr betroffen. Die Umfrage zeigt auf, dass die Schweizer Städte die Auswirkungen der Finanzkrise ernst nehmen. Sie zeigt aber auch, dass sie nicht überreagieren wollen. So unspektakulär dieses Ergebnis tönen mag – für mich ist es eine gute Nachricht.

Als Finanzminister freut mich besonders, dass das Mitte Oktober von Bundesrat, Eidgenössischer Bankenkommission und Nationalbank beschlossene Massnahmenpaket zur Stärkung des Finanzsystems von den Städten grossmehrheitlich gebilligt wird. Bei Ja-Anteilen von über 90 Prozent zum höheren Einlegerschutz und 75 Prozent zur UBS-Pflichtwandelanleihe fällt die

Zustimmung allerdings doch recht differenziert aus.

Dass sich die grossen Städte mit ihren Bankniederlassungen von der Finanzkrise stärker betroffen fühlen als die mittleren und kleineren Städte, überrascht kaum. Positiv ins Gewicht fällt in dieser Situation, dass die Städte – wie im übrigen auch der Bund – in den vergangenen Jahren ihre finanzpolitischen Hausaufgaben gemacht haben. Das gibt ihnen wie uns den nötigen Handlungsspielraum, um krisenbedingte Schwankungen aufzufangen.

Wir müssen uns bewusst sein, dass die öffentliche Hand die Auswirkungen der Finanzkrise mit einer gewissen Verzögerung zu spüren bekommt. Entsprechend braucht nicht überhastet Gegensteuer gegeben zu werden. Auch die Städte wollen primär mit antizyklischem Verhalten einen allfälligen

Hans-Rudolf Merz  
Bundesrat

### Zum Jahreswechsel

Liebe Leserin, lieber Leser des  
SSV-Newsletters

Wir wünschen Ihnen von Herzen  
frohe und besinnliche Festtage und  
ein erfolgreiches und schwungvolles  
2009!

Ihr Redaktionsteam



## Interview

# „Personenfreizügigkeit führt zu Wachstum und Arbeitsplätzen“



Interview mit Dr. Guy Morin, Regierungs- und Stadtpräsident von Basel

**Die Stadt:** Sie sind Basels erster Regierungs- und Stadtpräsident für mehr als ein Jahr. Was erhoffen Sie sich von dieser Neuerung und was liegt Ihnen besonders am Herzen?

**Dr. Guy Morin:** Basel soll im Umgang mit Nachbarn und Bevölkerung ein neues Gesicht bekommen. Basels Regierung ist Stadt- und Kantonsexekutive, das Präsidium wechselte bisher jährlich. In der heutigen Zeit mit zahlreichen Kontakten zu vielfältigsten Anspruchsgruppen hat sich dieses System als Nachteil erwiesen. Deshalb wird mit der Totalrevision der Kantonsverfassung per Anfang 2009 ein vierjähriges Präsidium mit Präsidialdepartement eingeführt. Ich wünsche mir, dass dies zu einer besseren Koordination und dadurch einer effizienteren Regierungsarbeit führt.

**Wo wünschen Sie sich eine stärkere Berücksichtigung der urbanen Interessen auf Bundesebene?**

Städte erbringen für das ganze Land wichtige Leistungen namentlich in Bildung, Gesundheitsversorgung und Kul-

tur. Die Städte der drei Metropolräume Basel, Genf und Zürich sind die Motoren der Schweizer Exportwirtschaft. Der Bund muss dafür sorgen, dass die Infrastruktur der Städte leistungsfähig ist und modernisiert wird, die Zentrumsleistungen solidarisch finanziert werden und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Städte gestärkt wird.

**Am 8. Februar kommt die Fortführung und Erweiterung der Personenfreizügigkeit mit der EU zur Abstimmung. Wie beurteilen Sie die Vorlage aus Sicht Ihrer Stadt?**

Sie ist sehr wichtig. Das überdurchschnittliche Wachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Nordwestschweiz, insbesondere in der Life-Science-Branche, wären ohne Personenfreizügigkeit nicht möglich gewesen. Davon profitieren auch Bau- und Dienstleistungsgewerbe. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, sind wir auf freie Handelsbeziehungen mit der EU und die Rekrutierung von qualifizierten Fachkräften angewiesen.

**Wie beurteilen Sie die Erfahrungen mit den bilateralen Verträgen Schweiz-EU?**

Wir machen rundweg gute Erfahrungen. Mit den flankierenden Massnahmen zum Schutz vor Lohn- und Sozialdumping können wir Missbräuche wirksam bekämpfen. In vielen Branchen gelten allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge (GAV). Wo keine GAV bestehen, führen die Tripartiten Kommissionen Kontrollen durch. Werden orts- und branchenübliche Löhne wiederholt unterschritten, kann der Regierungsrat Mindestlöhne erlassen oder die Allgemeinverbindlich-

erklärung von GAV erleichtern. Die in Basel durchgeführten Lohnerhebungen ergaben keine Hinweise auf Missbräuche. Massnahmen waren daher bis jetzt nicht erforderlich.

**Wird sich die Personenfreizügigkeit auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bewähren?**

Sie sichert zusammen mit den übrigen bilateralen Abkommen den Schweizer Unternehmen den ungehinderten Zugang zur EU, unserem mit Abstand wichtigsten Handelspartner. Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten ist unsere Wirtschaft auf den freien grenzüberschreitenden Austausch von Waren und Dienstleistungen angewiesen. Ich bin überzeugt: Ein Nein am 8. Februar würde den Wirtschaftsstandort Schweiz massiv schwächen. Die Arbeitslosenzahlen steigen wegen der Personenfreizügigkeit nicht wesentlich. Vielmehr wird die Zuwanderung aus der EU konjunkturbedingt eher zurückgehen. Zudem finden die jungen, mobilen, gut ausgebildeten Zugewanderten erfahrungsgemäss leichter eine neue Stelle und sind auch bereit, dafür in ein anderes Land zu ziehen.

**Was wären die Folgen eines Neins für Basel?**

Sie wären gravierend – für Basel und unsere Region, aber auch für die gesamte Schweizer Volkswirtschaft. Beim nächsten Aufschwung würde das Wirtschaftswachstum und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze empfindlich gebremst. Basel wäre langfristig weniger wettbewerbsfähig.



## Schwerpunkt Umfrage zur Finanzkrise

### Investitionen umsetzen, um die Krise zu entschärfen

Eine Umfrage des Schweizerischen Städteverbandes zeigt, dass die Schweizer Städte die Auswirkungen der Finanzkrise ernst nehmen. Die Städte reagieren besonnen und legen mit ihren Massnahmen grossen Wert auf antizyklisches Verhalten, um die Krise zu entschärfen. Die von Bund und Nationalbank getroffenen Massnahmen betrachten die Schweizer Städte in ihrer überwiegenden Mehrheit als sinnvoll.

Der Schweizerische Städteverband führte zwischen dem 4. und 20. November bei seinen Mitgliedern eine Umfrage über die Auswirkungen der Finanzkrise durch. Ziel der Umfrage war, ein Stimmungsbild bei den Städten und städtischen Gemeinden über die Auswirkungen der Finanzkrise zu ermitteln.

Von den 124 Mitgliedern nahmen 62 Städte und städtische Gemeinden an der Umfrage teil, was einer Rücklaufquote von genau 50% entspricht. Die Rückmeldungen kommen aus allen Sprachregionen und Landesteilen und stammen zu 11,3% aus Städten mit mehr als 50'000 Einwohnern, zu 50% aus solchen mit einer Einwohnerzahl zwischen 15'000 und 50'000 sowie zu 38,7% aus Kleinstädten mit weniger als 15'000 Einwohnerinnen. Im Vergleich zur Zusammensetzung des Städteverbandes insgesamt sind die grossen und mittleren Städte damit et-

was über-, die kleineren Städte untervertreten.

#### 83% der Städte sind „spürbar“ bis „gering“ betroffen

Bei der allgemeinen Einschätzung ermittelt die Umfrage eine geringe bis spürbare Betroffenheit der Schweizer Städte. 49% gaben an, „gering“ von der Finanzkrise betroffen zu sein, 34% „spürbar“. Die grossen Städte, in denen sich die Finanzwirtschaft meist konzentriert, zeigen sich stärker betroffen als mittlere und kleinere Städte.

6% beurteilen ihre Betroffenheit als „massiv“. Bemerkenswerterweise kommt diese Beurteilung ausnahmslos von kleinen urbanen Gemeinden. Gemäss der Umfrage ist jede 6. Stadt mit weniger als 15'000 Einwohnerinnen und Einwohnern nach eigener Einschätzung von der Finanzkrise massiv betroffen. Diese Kommunen sind

in besonderem Mass vom Finanzsektor oder von einem oder wenigen Steuerzahlern abhängig. Gleichzeitig fällt auf, dass unter den Städten, denen die Finanzkrise derzeit wenig anhaben kann, solche aus dem Arc lémanique auffallend zahlreich vertreten sind.

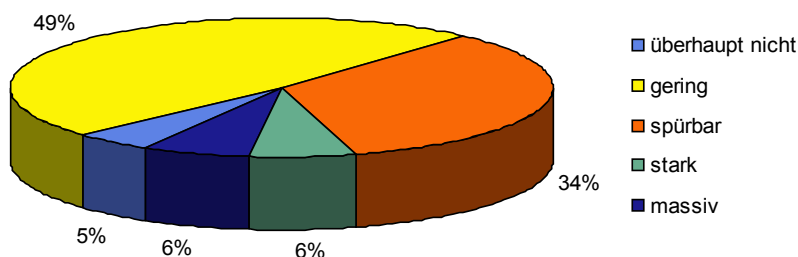
Bei der Beurteilung der Auswirkungen geht die Hälfte der Schweizer Städte davon aus, dass sie kurzfristig neutral ausfallen. 26% gehen kurzfristig von eher negativen, 17% von negativen Folgen aus. Mit Blick auf die Zukunft verdüstern sich die Perspektiven. Mittelfristig rechnen 87% mit negativen oder eher negativen Auswirkungen. Dabei dürfte auch die Unsicherheit in der Beurteilung der mittelfristigen Entwicklung eine Rolle spielen.

#### Auswirkungen im Steuer- und Sozialbereich befürchtet

Die Städte erwarten, dass sich die Finanzkrise in erster Linie in ihrem Finanzhaushalt niederschlägt, dann aber je nach Verlauf der drohenden Rezession auch bald bei den Sozialhilfekosten Spuren hinterlassen dürfte. Im Zusammenhang mit einer Rezession befürchten verschiedene Städte auch Auswirkungen auf die Maschinen- und Uhrenindustrie, die Bauwirtschaft und den Tourismus.

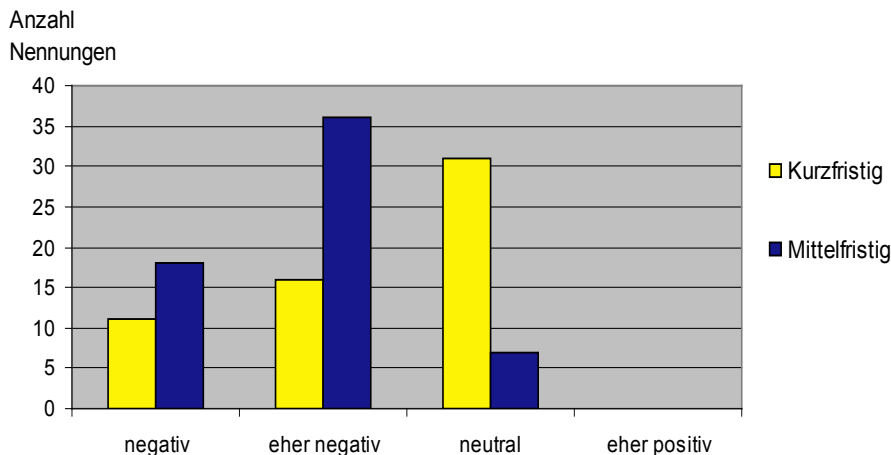
Auf die Frage, wie die Städte auf diese Herausforderung reagieren, geben viele an, die geplanten Investitionen umsetzen oder sogar beschleunigen zu wollen. Weiter verfolgen die Städte die Entwicklung der Situation sehr aufmerksam – namentlich bei den Steuererträgen. Von spezifischen Massnahmen als Reaktion auf die Finanzkrise haben sie bisher mit

Wie stark sind die Städte und städtischen Gemeinden von der Finanzkrise betroffen?



**Schwerpunkt Umfrage zur Finanzkrise**

**Beurteilung der Auswirkungen der Finanzkrise:  
 kurz- und mittelfristig**



wenigen Ausnahmen abgesehen. Mehrheitlich legen die Städte grossen Wert auf ein antizyklisches Verhalten, um die Krise nicht noch anzuheizen.

**Hohe Zustimmung zu den Bundesmassnahmen**

Die drei finanzpolitischen Stabilisierungsmassnahmen von Bundesrat und Nationalbank werden von den Städten grossmehrheitlich begrüsst. Die Erhöhung des Einlegerschutzes wird von mehr als 90% als sinnvoll erachtet. Beinahe ebenso deutlich werden höhere Eigenmittelanforderungen für die Banken unterstützt (87%). Die Pflichtwandelanleihe zugunsten der UBS findet mit 74,2% immer noch deutliche Zustimmung. Die UBS-Pflichtwandelanleihe wird nur unwesentlich häufiger als „nicht sinnvoll“ beurteilt als die beiden anderen Massnahmen.

Den Sinn von Konjunkturprogrammen beurteilt ein grosser Teil der Städte positiv. 42% erachten Konjunkturprogramme als sinnvoll, während ihnen 20% nichts abgewinnen können. Der relativ hohe Abstinenzanteil von 38% hängt wohl teil-

weise damit zusammen, dass die Frage in abstraktem Sinne gestellt wurde. Bei den grossen Städten halten sich die unterschiedlichen Beurteilungen von Konjunkturprogrammen (sinnvoll – nicht sinnvoll) die Waage. Dagegen werden unter den kleineren Städten Konjunkturprogramme vier Mal häufiger positiv als negativ beurteilt.

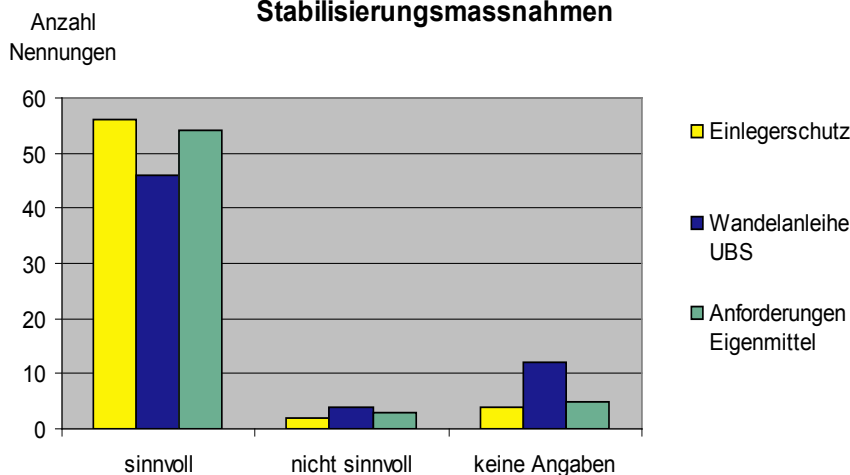
Neben der Forderung, die Investitionstätigkeit nicht einzuschränken, bestand für

die Mehrheit der Schweizer Städte Mitte November kein Anlass für weitere Bundesmassnahmen. Je nach Entwicklung der Finanz- und Wirtschaftskrise müssten aus Sicht der Städte zusätzliche Massnahmen vorgesehen werden, wie z.B.:

- Bundesgarantie für den Interbanken-Leihverkehr (wie es die EU vorsieht)
- Zinssenkungen der Nationalbank
- Auffangmassnahmen für Lehrabgänger
- Voller Teuerungsausgleich
- Gesetzliche Massnahmen zur wirksameren Kontrolle der Finanzmärkte und zum besseren Schutz der Aktionärsinteressen
- Investitionsprogramme in den Bereichen Infrastruktur, Wohnungsbau, Energie und Bildung

P.S.: Der Städteverband hat mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, dass National- und Ständerat in der Sondersession zur Finanzkrise den Stabilisierungsmassnahmen zugestimmt haben.

**Beurteilung der finanzpolitischen  
 Stabilisierungsmassnahmen**



### Städteinitiative Sozialpolitik: Frühförderung – Schweden als Modell?

Die Städteinitiative Sozialpolitik des Städteverbandes hat an ihrer Herbstkonferenz die Frühförderung thematisiert – entsprechend der Erkenntnis, dass sich eine frühe Investition in das Wohl der Kinder für alle lohnt, auch für die Wirtschaft. Die Fachreferentin des schwedischen Bildungsministeriums, Ursula Ambruster, hat das Modell Schweden vorgestellt: Frühförderung gehört dort in allen Gemeinden zum Standardangebot und erreicht 85% der 1- bis 5-jährigen Kinder. Ein Gesetz gibt den Kommunen Rahmenbedingungen vor. Zum Beispiel, dass Frühförderung allen Kindern ab dem ersten Lebensjahr zugänglich sein muss; dass sie spielerisch Entwicklungs- und Lernprozesse unterstützen soll; und dass Betreuung, Pädagogik und Fürsorge integrativ verstanden werden. Schweden investiert 5 Milliarden Euro (1,5% des Bruttonationaleinkommens) in die Frühförderung.

Von einem solchen Engagement ist die Schweiz meilenweit entfernt, wie die Berner Gemeinderätin Edith Olibet an der Konferenz sagte. Dennoch gibt es zahlreiche Angebote in vielen Schweizer Städten – auf deren eigene Initiative und ohne verbindlichen Auftrag.

Die Förderung von Kindern in den ersten fünf Lebensjahren ist ein wichtiger Beitrag zur Chancengerechtigkeit. Alle, auch und gerade Kinder mit erschwerten Startbedingungen, sollen Zugang zu entsprechenden Angeboten erhalten. Eine Arbeitsgruppe der Städteinitiative Sozialpolitik wird das Thema nun vertiefen.

Dokumentation:

[www.staedteinitiative.ch/Aktuell](http://www.staedteinitiative.ch/Aktuell)

### Vernehmlassungen

#### Halbherzige Harmonisierung im öffentlichen Beschaffungswesen

Dass die Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen auf eine gesamtschweizerischen Harmonisierung abzielt, ist zu begrüßen – dass diese aber auf halbem Weg stehen bleibt, ist bedauerlich. Nach Ansicht der Städte geht der vorliegende Vorschlag zu wenig weit und riskiert, gegenüber der heutigen Situation eher zu weniger Harmonisierung zu führen.

Stossend ist auch, dass die Revision ohne Einbezug der kommunalen Ebene vorbereitet wurde – immerhin werden 43% der öffentlichen Beschaffungen in der Schweiz durch die Gemeinden getätigt! Umso wichtiger ist, dass Städte und Gemeinden in der vorgesehenen Kommission für das öffentliche Beschaffungswesen als gleichberechtigte Partner vertreten sind.

#### Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen

Fachlich unterstützt durch die seit 2005 bestehende Interessengruppe e-geo SSV, stimmt der Schweizerische Städteverband der Verordnung über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREBKV) im Grunde genommen zu. Weil die Katasterführung

grundsätzlich in die Kantonskompetenz fällt, ist die Ausgestaltung als Rahmenverordnung zielführend. Entsprechend sollte sich die ÖREBKV auf das Wesentliche beschränken.

Ungenügend geregelt ist aus Sicht des Städteverbandes die Finanzierung: Ohne Bundesunterstützung wird die Einführung des Katasters bis 2020 nicht zu realisieren sein.

### Abstimmung vom 8. Februar 2009

#### Ein überzeugtes Ja der Städte zu stabilen Beziehungen mit der EU

Der Vorstand der Schweizerischen Städteverbandes hat einstimmig die Ja-Parole für die Abstimmung über die Personenfreizügigkeit mit der EU am 8. Februar 2009 gefasst.

Für die Städte haben sich die bilateralen Abkommen Schweiz-EU bewährt. Sie bringen und sichern Wohlstand und bereichern das kulturelle und gesellschaftliche Leben in den Städten und der Schweiz allgemein.

Ein Nein zur Personenfreizügigkeit würde den bilateralen Weg grundsätzlich in Frage stellen und zu grosser Unsicherheit führen. Gerade in unsicheren Zeiten ist jedoch Stabilität im Verhältnis mit der EU, der aussenpolitisch und -wirtschaftlich wichtigsten Partnerin, gefragt.



### Revision Raumentwicklungsgesetz kurz vor dem Start

Die Vernehmlassung der Revision des Raumentwicklungsgesetzes wurde Mitte Dezember 2008 lanciert und wird bis am 17. April 2009 dauern. Für die Städte ist dieser Revisionsentwurf von grösster Bedeutung.

Einerseits wegen der Steuerungs- und Einflussmöglichkeiten des Bundes in der Raumplanung, andererseits aber auch, weil im Gesetz die Agglomerationspolitik des Bundes verankert wird – ein zentrales Anliegen des Städteverbandes, welchem das Parlament im Herbst entsprochen hatte.

Wahrscheinlich erst im dritten Quartal 2009 wird das Raumkonzept in die Vernehmlassung gehen. Der in ersten Diskussionen kontrovers aufgenommene Entwurf wird zurzeit überarbeitet.

### Metropolitankonferenz Zürich wird konkret

An der vierten Metropolitankonferenz Zürich, die Ende November in Schaffhausen tagte, wurden verschiedene Schritte in Richtung Konkretisierung und Institutionalisierung der Konferenz beschlossen. Im Juli 2009 soll der Verein „Metropolitanraum Zürich“ gegründet werden, unter dessen Dach eine Kantons- und Gemeindekammer vorgesehen ist.

### Keine volle Ausfinanzierung öffentlich rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen

Der Städteverband ist besorgt, weil der Bundesrat in seiner Botschaft zur Finanzierung von Vorsorgeeinrichtungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften die Vollkapitalisierung aller öffentlichen Kassen und eine Abschaffung des Systems der Mischfinanzierung fordert und dazu eine Frist von 40 Jahren setzt. Die Vorlage kommt möglicherweise bereits im Januar in die zuständige ständerätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit.

Der Städteverband vertritt die Haltung, dass auf eine vollständige Ausfinanzierung zu verzichten ist. Die Verpflichtung, das System der Mischfinanzierung zu Gunsten einer Vollkapitalisierung aufzugeben, zwingt die Gemeinden und Kantone dazu, schätzungsweise rund 40 Mrd. Franken in ihre Kassen einzuspeisen, damit ein Deckungsgrad von 100% erreicht und die notwendige Wertschwankungsreserve sichergestellt werden kann. Diese Gelder müssten von den Kassen wiederum an den Finanzmärkten angelegt werden, und zwar mit den bekannten Risiken, die mit solchen Anlagen verbunden sind. Zudem würden diese finanziellen Mittel den Gemeinwesen in den nächsten vierzig Jahren fehlen und nicht für Investitionen in Infrastrukturen oder zur Unterstützung der Wirtschaft durch eine antizyklische Investitionspolitik zur Verfügung stehen.

### Stromtarife sinken – zu welchem Preis?

Um die angekündigten Strompreiserhöhungen zu dämpfen, beschloss der Bundesrat eine Revision der Stromversorgungsverordnung per 1. Januar 2009 mit folgenden Punkten:

- Systemdienstleistungen dürfen nur mit maximal 0,4 Rp./kWh verrechnet werden;
- Die Kapitalverzinsung für die betriebsnotwendigen Vermögenswerte (WACC – Weighted Average Cost of Capital) wird für eine Übergangsfrist um 1% auf 3,55% reduziert;
- Netzbetreiber, die die synthetische Bewertungsmethode anwenden, müssen einen Malus von 20% gewärtigen;
- Die neuen Tarife werden per 1. April 2009 veröffentlicht. Sie müssen in approximativer Form bereits ab 1. Januar verrechnet werden.

Der Städteverband wird künftig genau darauf achten, dass der spezifischen Situation städtischer Energieversorger genügend Rechnung getragen wird.

Wir lehnen auch die kürzlich erhobene Forderung nach einer generellen Abschaffung der Konzessionsgebühren für die Nutzung von öffentlichem Grund ab. Gerade in einem liberalisierten Markt dürfen Kosten, die bei der Verlegung von Stromleitungen entstehen, nicht einfach der öffentlichen Hand überwältzt werden. Dies käme einer Subventionierung der Stromunternehmen durch die öffentliche Hand gleich.

Die Abgaben müssen kostendeckend erhoben werden können. Zudem sind die Gemeindeabgaben im Eigentumsrecht begründet. Für sinkende Strompreise sollen nicht am Schluss die Städte bezahlen müssen.



## Agenda

### Schweizerischer Städteverband

#### 27. / 28. August 2009

Städtetag  
in Luzern

*Weitere Auskünfte:*

*Christina Grab*

*E-Mail: [info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch)*

*Tel: 031 356 32 32*

### Schweizerische Konferenz der Stadt- und Gemeindeglieder

#### 19. Juni 2009

Generalversammlung  
in der Region glow.das Glattal

*Weitere Auskünfte:*

*Urs Müller*

*E-Mail: [urs.mueller@wallisellen.zh.ch](mailto:urs.mueller@wallisellen.zh.ch)*

*Tel: 044 832 62 40*

### Städteinitiative Sozialpolitik

#### 15. Mai 2009

Konferenz der Städteinitiative  
in St. Gallen

*Weitere Auskünfte:*

*Städteinitiative Sozialpolitik*

*E-Mail: [info@staedteinitiative.ch](mailto:info@staedteinitiative.ch)*

*Tel: 041 208 81 32*

### Weitere Organisationen

#### 15./16. Januar 2009

„Missbrauch“ in Wirtschaft, Staat und  
Gesellschaft. Realitäten, Fiktionen und  
gesellschaftliche Antworten  
in Fribourg

Veranstalter: Schweizerische Gesellschaft  
für Soziologie, Universität Fribourg,  
Schweizerische Vereinigung für Sozial-  
politik (SVSP)

*Programm & Anmeldung:*

*Schweiz. Vereinigung für Sozialpolitik*

*Tel: 031 326 19 20*

*[www.svsp.ch](http://www.svsp.ch)*

#### 28./29. Januar 2009

Öffentlicher Raum - zwischen Planbar-  
keit und Unberechenbarkeit  
in Luzern

Veranstalter: Schweizerische Vereinigung  
für Landesplanung VLP-ASPAN, Verein  
Future for the commons (VFC), Hoch-  
schule Luzern - Soziale Arbeit

*Weitere Auskünfte:*

*Hochschule Luzern, Jlanit Schumacher*

*E-Mail: [jlaniit.schumacher@hslu.ch](mailto:jlaniit.schumacher@hslu.ch)*

*Tel: 041 367 48 83*

*[www.hslu.ch/oeffentlicherraum](http://www.hslu.ch/oeffentlicherraum)*

#### 30. Januar 2009

FAKTOR 21

Begleitung von Gemeinden nach  
FAKTOR 21 - ProzessberaterInnen  
in Bern

*Programm & Anmeldung:*

*EnergieSchweiz für Gemeinden*

*E-Mail: [info@bio-eco.ch](mailto:info@bio-eco.ch)*

*Tel: 021 861 00 96/97*

#### 3./4. März 2009

Swiss eGovernment Forum  
info society days 2009  
in Bern

*Weitere Auskünfte:*

*Organisation InfoSocietyDays*

*MKR Consulting AG*

*Jürg Lehni/Franziska Goldinger*

*Tel: 031 350 40 50*

*[www.mkr.ch](http://www.mkr.ch)*

#### 12. März 2009

Das Bundesrahmengesetz zur Exis-  
tenzsicherung aus fachlicher Sicht  
in Biel

Veranstalter: Schweizerische Konferenz  
für Sozialhilfe (SKOS), Schweizerische  
Vereinigung für Sozialpolitik (SVSP),  
Association romande et tessinoise des  
institutions d'action sociale (ARTIAS)

*Programm & Anmeldung:*

*Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe*

*Tel: 031 326 19 19*

*[www.skos.ch](http://www.skos.ch)*

## Impressum

Herausgeber:

Schweizerischer Städteverband (SSV)

Leitung: Renate Amstutz, Direktorin

Florastrasse 13, 3000 Bern 6

Tel: 031 356 32 32

Fax: 031 356 32 33

[www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)

Der Newsletter des SSV erscheint  
8-10 Mal jährlich.

Newsletter abonnieren:

[info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch)

